



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

CDU/CSU-Steuerpläne reißen Milliardenloch in die öffentlichen Kassen und entlasten Superreiche

Olching, 11.02.2025

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion warnt Michael Schrodi vor den Folgen der unsoliden Finanzierung der CDU/CSU-Wahlvorschläge im Steuerbereich: „Ein Großteil der Entlastungen ist nicht gegenfinanziert, das Geld muss also an anderer Stelle eingespart werden.“

Die Mindereinnahmen würden auch die Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen zu spüren bekommen, denn die Steuerpläne träfen unsere Kommunen hart und würden zu Kürzungen bei Schulen, im öffentlichen Nahverkehr und bei Krankenhäusern führen.

Auf 110 Milliarden Euro im Jahr belaufen sich die von CDU/CSU geplanten Steuerentlastungen laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Gut die Hälfte der Entlastungen geht an die einkommensreichsten zehn Prozent der Bevölkerung, ein Viertel an das reichste Prozent. Die höchsten Einkommen profitieren also mit Abstand am meisten von den Plänen der Union“, sagt Schrodi.

Nur etwa ein Viertel der Mindereinnahmen durch die Steuersenkungen würden – voraussichtlich – durch Wachstumseffekte kompensiert. „Wir reden hier von mindestens 80 Milliarden Euro, die am Ende in den sowieso schon knappen Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen fehlen. Das bedeutet massive Kürzungen bei Investitionen in die Bahn, Straßen und Brücken, in Bildung, Energiewende, Digitalisierung und mehr“, verdeutlicht Schrodi. „Für derartige Steuerentlastungen müsste die Union dann auch noch die Axt anlegen bei der Rente, beim Kindergeld oder bei Sozialleistungen.“

Als besonders dramatisch bewertet Schrodi die Auswirkungen auf die Kommunen. „Unsere Kommunen verlieren Milliarden einnahmen, wenn die vorgeschlagenen Steuersenkungen so umgesetzt werden. Sie müssten dafür an



anderer Stelle kürzen, etwa durch Einsparungen beim ÖPNV, bei Kitas oder Fortbildungskursen an den Volkshochschulen. Genau das wollen wir nicht“, sagt Schrodi über diese Steuerpläne. „Wir brauchen eine solide Finanzierung, keine Steuergeschenke für die Reichsten in unserem Land. Wir wollen vielmehr, dass sich die höchsten Einkommen und Vermögen mit einem fairen Anteil an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.“